

H+: ein Verband von Spitälern oder Verwaltern?

Ein Spital ist kein Unternehmen wie alle anderen!

Das Spital hat innerhalb der Gesellschaft einen besonderen Auftrag und ist unter mehreren Gesichtspunkten Teil des institutionellen Bereichs. Sobald eine Behandlung des Patienten zu Hause nicht mehr möglich ist, muss zu deren Weiterführung zwangsläufig ein Team gebildet werden, in dem die Leistungserbringer wie Ärzte und Krankenschwestern/-pfleger natürlich eine entscheidende Rolle spielen. Die Komplexität der Aufgabe erfordert ausserdem sowohl im organisatorischen als auch im finanziellen Bereich eine leistungsfähige Unterstützung. Die nun zu «H+ Die Spitälern der Schweiz» gewordene VESKA räumte der Ärzteschaft und den Pflegeberufen logischerweise den ihnen zustehenden Platz ein, indem ihnen gemäss Statuten eine gewisse Anzahl Sitze im Vorstand zugesichert wurde.

Der wirtschaftliche Druck auf das Gesundheitswesen verschont auch die Spitälern nicht.

Die 1996 erfolgte Revision der Statuten von H+ veränderte die Spielregeln tiefgreifend. Für die Spitälern ging es hauptsächlich darum, ihre etwas verrosteten institutionellen Strukturen aufzugeben und ihre Eigenschaften als Unternehmen und Arbeitgeber in den Vordergrund zu stellen. In den Augen ihrer Urheber vermochten einzig in diese Richtung erneuerte Statuten das wirtschaftliche und politische Vorrecht dieses Schlüsselsektors des Gesundheitswesens sicherzustellen. Selbst wenn die ursprüngliche Absicht darin bestand, die Vertreter aller Gesundheitsberufe kurzerhand aus den leitenden Organen zu verbannen, wurde stillschweigend akzeptiert, dass je ein/e Vertreter/in der Pflegeberufe und der Ärzteschaft einen Sitz im Vorstand einnehmen kann. Allerdings wurde dies nicht als Anforderung in die Statuten aufgenommen und ist nur unter der Voraussetzung möglich, dass sie von einem Spital und nicht von ihrem Berufsverband delegiert werden.

Unter diesen Umständen wurde Dr. med. Yves Guisan, Chefarzt am Hôpital du Pays-d'Enhaut in Château-d'Œx, in den Vorstand von H+ gewählt und später zum Vizepräsidenten berufen. Präsidentin war zu jenem Zeitpunkt die damalige National- und heutige Ständerätin Trix Heberlein. Dr. med. Guisan hat sich seither mit Überzeugung dafür eingesetzt, dass das Spital seinen Auftrag weiterhin erfüllen kann, obwohl dieser in einem sozial und wirtschaftlich instabilen Umfeld durch das neue KVG und dessen Anforderungen an die Spitalplanung ständig in Frage gestellt wird.

Dr. med. Guisan befand sich oft in einer zumindest unbequemen Lage.

Hinsichtlich des TARMED wurde H+ nicht müde, für die Spitälern eine grundlegend andere Methodik als diejenige für die Arztpraxen zu fordern, obwohl beide ambulante Behandlungen durch-

führen und Notfalldienstleistungen erbringen. Darüber hinaus war H+ unfähig, den neuen Tarif innerhalb der gesetzten Frist anzuwenden und die vertraglichen Anforderungen hinsichtlich der Kostenneutralität zu erfüllen. Bei der Aufhebung des Kontrahierungszwanges war die Situation auch nicht viel besser. Das gleiche gilt in bezug auf die durch die aktuelle KVG-Revision sowie die Entscheidung des Eidgenössischen Versicherungsgerichts in Frage gestellte Spitalfinanzierung.

Die Position von H+ erschien, vor allem durch die Entwicklung tiefgreifender Divergenzen zwischen Privatkliniken und öffentlichen Spitälern, immer – gelinde gesagt – ambivalent. Unter diesen Umständen wäre eine Synergie mit der FMH gegenüber den zahlenden Institutionen für beide Partner auf jeden Fall von Vorteil gewesen.

Unter diesen schwierigen Voraussetzungen präsiidierte Dr. med. Guisan zunächst die Findungskommission für einen neuen Präsidenten und dann dessen Wahl anlässlich der Generalversammlung vom vergangenen 18. November. Dabei standen sich ein Kandidat des waadtländischen Spitalverbandes und ein Deutschschweizer Konkurrent gegenüber. Die Westschweizer erhoben Anspruch auf diesen Posten, wurden jedoch durch eine Allianz der Privatkliniken, welche die Chance zur Profilierung blitzschnell nutzten, und Deutschschweizer Spitälern, die den Kandidaten überhaupt nicht kannten, in die Minderheit versetzt. Letztlich blieb der ehemalige Präsident vorläufig weiterhin im Amt.

Die gleichen unzufriedenen Kreise beanspruchten darüber hinaus die Vizepräsidentenschaft unter dem Vorwand, dass diese von Rechts wegen einem Spitaldirektor zustehe. Die alte Leier des Machtkampfes zwischen Verwaltern und Chefärzten scheint nicht überwunden zu sein, mag sie auch noch so lächerlich und überholt sein.

Wie kann H+ unter diesen Umständen als Dachorganisation aller Spitälern mit einer wichtigen Rolle als erstrangigem Partner in der nationalen Gesundheitspolitik auftreten wollen?

Der als Vizepräsident abgesetzte Dr. med. Guisan zog es vor, diesen Intrigantenstadel zu verlassen, statt als dessen Geisel und einfaches Vorstandsmitglied darin zu verbleiben.

H+ hat sehr rasch festgestellt, dass man sich einer wichtigen Verbindung zum Nationalrat und zur FMH beraubt hat. Aber es war bereits zu spät! Und lohnt sich das denn überhaupt noch? Ist der soeben dem Schweizerischen Arbeitgeberverband beigetretene Verband H+ nicht vor allem eine Vereinigung von Verwaltern auf der Suche nach ihrer Identität statt ein auf seinen Spitalauftrag bedachter Verband geworden?

Jacques de Haller, Präsident der FMH

Vaccinations

Le 11 novembre 2002, lors d'une conférence de presse à laquelle participaient les autorités cantonales et la FMH, l'Office fédéral de la santé publique (OFSP) lançait une campagne nationale de promotion de la vaccination chez le nourrisson, l'enfant et l'adolescent.

Cette campagne s'adressait en premier lieu aux médecins en cabinet, aux pédiatres, généralistes, internistes et gynécologues, ainsi qu'aux médecins d'hôpitaux et aux médecins en fonction dans le secteur de la santé publique. Plusieurs sociétés de discipline médicale avaient participé à l'élaboration des documents distribués par l'OFSP.

La FMH, soucieuse d'améliorer encore la prévention par la vaccination et de contribuer ainsi à réduire morbidité et mortalité, informait alors l'ensemble du corps médical de cette campagne – par l'intermédiaire du Bulletin des médecins suisses (BMS), par voie électronique ainsi que sur son site www.fmh.ch.

Or il y a quelques mois paraissait une brochure «Vacciner – bases pour une décision personnelle en matière de vaccination», éditée par la Fédération pour la protection des consommateurs. Notamment parce qu'elle attaquait ouvertement le programme national de vaccination,

cette brochure a suscité immédiatement de nombreuses interrogations et réactions. L'OFSP, tout en poursuivant sa campagne contre la grippe, nous a semblé alors interrompre celle de la promotion de la vaccination.

En automne 2004, la Commission suisse pour les vaccinations, jusqu'alors rattachée à l'OFSP, a été élevée au rang de Commission fédérale. Elle a été présentée dans le Bulletin de l'OFSP 46/2004. La présidente de cette Commission fédérale pour les vaccinations répond aujourd'hui, sans le moindre détour, aux accusations portées à l'encontre des autorités de santé et des médecins qui en suivent les recommandations en matière de vaccination. L'OFSP prend lui aussi position.

La FMH de son côté, ayant à cœur de défendre le corps médical, la relation médecin-patients et une médecine raisonnable, souhaite aussi faire acte de prévention. Elle est très heureuse que la présidente de la Commission fédérale pour les vaccinations et ses collègues se prononcent aujourd'hui sur les plans médical et scientifique.

Dr Pierre Bonfils, délégué de la FMH

Les articles concernant les vaccinations ont paru la semaine dernière dans l'édition du Bulletin des médecins suisses n° 9 (2 mars 2005).